



Vierteljähriger Abonnementssatz, in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement, 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsheligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 24. Abend-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Montag, den 11. Januar 1886.

Der Monopolentwurf.

Berlin, 9. Januar.

Der Entwurf des Branntweinmonopols ist nun bekannt und übertrifft die schlimmsten Erwartungen. Ob derselbe sich auch auf diejenigen Staaten erstrecken soll, die bisher ein Branntweinreservatrecht besaßen, geht aus dem bisher Publicirten nicht hervor. Der Kernpunkt des Entwurfs ist also der, daß die bisher bestehenden oder in Bau begriffenen Brennereien in ihrem Besitz geschützt werden, daß dagegen neue Brennereien nur auf Grund einer nach Willkür zu ertheilenden oder zu verweigernden Erlaubnis der Regierung angelegt werden dürfen. Da die Regierung sich bei ihrer Entscheidung nur von dem landwirtschaftlichen Bedürfnis leiten lassen soll, ein solches aber füglich nur bei Kartoffelbrennereien angenommen werden kann, so scheint es, daß der Anlage von neuen Brennereien, die Korn, Obst oder Trestern verarbeiten, für alle Zeit ein Stiegel vorgeschoben werden soll.

Die wesentlichste Wirkung der Vorlage wird die sein, die bestehenden Brennereien gegen neue Concurrenz zu schützen. Den Brennern, die beati possidentes sind, wird ein Produktionsmonopol gegeben und der Staat behält sich das Verarbeitungsmonopol vor. Diejenigen, die bisher zu einem gewissen Wohlstand gekommen sind, sollen vor allen Dingen in der Erhaltung dieses Wohlstandes geschützt werden und um diesen Preis werden alle übrigen an der Erringung gleichen Wohlstandes gehindert. Dieser Charakterzug unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik tritt hier nicht zum ersten Male auf; er ist derselben vielmehr eigenthümlich. Die ganze Wirtschaftsordnung beruht aber darauf, daß die rechtlichen Bedingungen, unter denen der Einzelne erwerben kann, für jedermann gleich sein müssen. Mehr noch als von den Schutzzöllen gilt von den Monopolen der Satz, daß der Ertrag derselben nur zu einem kleinen Theile dem Staat selbst zu Gute kommt. Der überwiegende Theil dieses Ertrages wird dazu verwandt, eine Minorität gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Majorität zu begünstigen. Und diese Begünstigung wird eine um so auffälligere, als der Staat den Brennern Preise bewilligen will, die sie seit Jahren nicht haben erzielen können, und welche die Summe bedeutend übersteigen, auf die er beim Wiederverkauf in das Ausland rechnen kann. Welche Menge von Erträgen gebrochen werden, die bisher im Handel mit Spiritus und Sprit sich ihr Auskommen redlich erworben haben, wage ich gar nicht zu berechnen. Welche Fülle von Gunst und Abneigung der Staat denjenigen erweisen kann, die von ihm das Recht verlangen, von ihrer Arbeit zu leben, ist gleichfalls unübersehbar.

Es ist doch ein Zeichen, wie sehr der öffentliche Geist bei uns niedergiebt, daß gegen ein solches Project, das vor zehn Jahren nur als die wunderliche Ausgeburt eines phantastischen Kopfes das Licht der Welt hätte erblicken können, sich nicht schon bei den ersten Anzeichen ein viel höherer Widerstand erhoben hat, als es der Fall gewesen ist.

Politische Uebersicht.

Breslau, 11. Januar.

Die Vorlage über das Branntweinmonopol beherrscht augenblicklich ausschließlich die Presse. Unbedingte Zustimmung haben wir nirgends

entdecken können. Die offiziellen Blätter verhalten sich noch still. Die „Post“ spricht sich wohl im Ganzen zustimmend aus, aber selbst sie kann schwere Bedenken nicht unterdrücken. Sie schreibt:

Der Vorschlag verstärkt offenbar die Bedenken, welche aus dem Eingriffe in das private Erwerbsleben entstehen, erheblich. Die Zahl der wirtschaftlichen Existenz, welche von einem so gedachten Monopol berührt werden, ist ungleich größer, als sie bei einem Großhandels-Monopol gesehen wäre. Damit wachsen naturgemäß sowohl die sachlichen als die taktischen Schwierigkeiten. Die Aussicht auf eine, wie immer reichlich bemessene Entschädigung wird den Widerstand der beteiligten Interessen voraussichtlich um so weniger stark abschwächen, als es sich dabei zu einem großen Theil um Gewerbe handelt, welche ohne erheblichen Kapital- oder Arbeitsaufwand ziemlich hohen Gewinn abwerfen und zu denen daher der Budrang sehr stark ist.

Die „Kön. Stg.“ lobt natürlich die Vorlage, aber sie kann trotzdem nicht umhin, einzelne Bestimmungen einer recht ernsten Kritik zu unterziehen.

Es versteht sich — so schreibt sie —, daß bei dem erstmaligen Anlauf von Spiritus seitens der Monopolverwaltung nicht der Preis von 30—40 M., sondern der dem Weltpreise entsprechende bezahlt wird, da sonst die speculative Einfuhr begünstigt würde, die jetzt zu 23 bis 25 M. einzukaufen und an die Monopolverwaltung mit 30 bis 40 M. verkauft könnte. Und wenn wir an Einzelheiten der Vorlage, die sehr geschickt und überlegt abgefaßt ist, heute bereits Kritik anlegen sollen, so knüpfen wir füglich an diesen Punkt an, der am meisten befämpft werden wird, wenn auch gerade er die Hauptbefürworter, die Spiritusbrenner, sammt und sondes der Vorlage gewinnen dürfte. Bei einem Weltmarktpreise von 23 M. soll die Monopolverwaltung den Brennern 40 M. bezahlen können, das ist — man mag es drehen, wie man will — eine Bevorzugung der Branntweinbrenner auf Reichskosten; denn an dem Branntwein, den das Reich ausführt, zahlt es bare 10—15 M. zu und das Reich verzichtet den Brennern zu Liebe bei jedem Hectoliter im Inlande verbleibenden Spiritus auf ebensoviel an Einnahme überhaupt. Diese Bestimmung wird sicherlich scharf angefochten werden und man wird statt ihrer eine dem Weltmarktpreise angepaßtere, jährlich nach diesem entsprechend zu bemessende Raussumme festsetzen müssen. Es fiele damit einerseits der Vorwurf, daß den Branntweinbrennern aus Reichsmitteln sehr ansehnliche Zuwendungen ohne jeden Grund gemacht werden sollen, und anderseits die Besorgnisse, daß früher oder später, wenn die Monopolverwaltung höhere Erträge erzielen sollte, der Preis auch unter dem Weltmarktpreise festgesetzt werden könnte, so daß die Brenner durch das Monopol geschädigt wären. Nicht minder würde es möglich sein, einfür allemal im Gesetz den niedrigsten und höchsten Preis für den Trinkbranntwein festzulegen. Für diejenigen Käufer von Spiritus, die denselben zu gewerblichen Zwecken verwenden, soll der „Selbstkostenpreis“ gelten, den der Bundesrat jeweils feststellt. Der „Selbstkostenpreis“ der Monopolverwaltung wäre der Ankaufspreis unter Hinzurechnung der Lagerungskosten; also durchschnittlich 30—40 pf. mehr, als der Weltmarktpreis. Auch hier wird vielleicht eine andere Bestimmung angestrebt werden müssen, etwa die, daß der Preis gelten soll, den die Monopolverwaltung für den Branntwein von gleicher Beschaffenheit, den sie ausführt, erhält.

Über die Entschädigungen der Personen, welche durch das Monopol ihre bisherige Einnahmequelle verlieren, wird gleichzeitig Streit herrschen, da der höchste bewilligte Satz für Personen, die ihr Geschäft länger als 10 Jahre betreiben, im doppelten des jährlichen Neingewinns besteht. Wer also als Agent oder Reisehändler einer Spiritusdestillerie seit zehn Jahren 3000 M. Gehalt bezog, muß sich gegen 6000 M. aufs Pfaster ziehen lassen. Es wird für Demand, der länger als zehn Jahre ein und dieselbe Berufstätigkeit ausgeübt hat, schwer sein, in anderer Stellung sich wieder ein gleich großes Einkommen zu sichern. Vielleicht wird es angemessener, statt der einmaligen Kapitalbindung eine Rente für Lebenszeit eintreten zu lassen.

Dass die gefaßte liberale Presse den Monopolgedanken unbedingt ab-

lehnt, ist selbstverständlich. Auch in der Verurtheilung der einzelnen Bestimmungen herrscht Einstimmigkeit. Während die meisten darauf hinweisen, daß der den Brennern angebotene Preis mit Hinblick auf den augenblicklichen Werth des Spiritus ein ungerechtfertigt hoher ist, wird zugleich nachdrücklich betont, welche Gefahren die Vorlage für die Landwirtschaft selbst im Gefolge hat.

Die letztere wird nunmehr — so schreibt die „Nat. Stg.“ ernstlich zu erwägen haben, ob sie für den augenblicklichen Vortheil einer den heutigen Brennern zusätzlichen Preiserhöhung auf die Freiheit des Betriebes in erheblichem Umfange verzichten will, dergestalt, daß die Anlage neuer und die Ausdehnung bestehender Brennereien von der Erlaubnis der Behörden abhängig wäre, diese zu entscheiden hätten, ob ein „Bedürfnis im landwirtschaftlichen Interesse nachgewiesen“ wäre. Die Brenner selbst haben sich zu überlegen, ob sie für den augenblicklichen Vortheil es völlig ins Ungewisse stellen wollen, ob spätere günstige Conjecturen ihnen zu Gute kommen sollen. Der Spirituspreis, welcher jetzt 38 ist, war schon 50 und 60; wir fürchten im politischen Interesse die Kämpfe um die Preisfestsetzung, welche durch steigende Conjecturen hervorbeschworen würden; die Brenner aber müssen in ihrem eigenen Interesse dieselben fürchten; ein governementaler Befürworter des Monopols hat es soeben erst als selbstverständlich hingestellt, daß die Verwaltung bei steigenden Preisen sich für das entzädigen würde, was sie bei niedrigen Weltmarktpreisen zugelegt hätte. Und daran wird doch auch der heftigste Agrarier nicht zweifeln, daß Regierungen und Parlamente kommen können, denen es damit sehr Ernst sein würde.

Die „Lib. Corresp.“ urtheilt über die Vorlage folgendermaßen:

Das Branntwein-Monopol-Project in des Wortes verwegenerster Bedeutung ist jetzt von offizieller Seite veröffentlicht — zum Schrecken derjenigen, die noch in den allerletzten Tagen sich in der Hoffnung wiederten, die Regierung werde sich mit der Monopolstraffung des Grossverkaufes begnügen. Von der gesamten privaten Gewerbstätigkeit auf dem Gebiete der Branntwein-Industrie bleibt nichts übrig als die Herstellung des rohen Branntweins und der Ausschank des fertigen Trinkbranntweins an den Consumenten. Bezuglich des Preises, den das „Monopolamt“ des Reiches den Brennern zahlt wird bestimmt, daß „bis auf Weiteres“ der Preis für rohen Kartoffelbranntwein 30 bis 40 Mark pro 1000 Liter-Procent betragen soll. Die ausschließendsten Wünsche der Agrarier, zu deren Träger sich die Zeitschrift für Spiritus-Industrie gemacht hat, sollen also erfüllt werden. Bisher erhalten von der durch das Monopolrecht hervorgerufenen Haufe abgesehen, die Brenner von 1000 Litern 21 Mark (ohne Steuer). Selbst wenn der Bundesrat nur den Monopolpreis von 30 Mark gewährt, zahlt das Reich den Brennern einebare Subvention von 36 Millionen Mark. Das ist aber erst der eine Theil der Verluste der Reichskasse. Die Preisfestsetzung des Bundesrates hat auf den Weltmarkt selbstverständlich keinen Einfluß, das Monopolamt verliert dennoch bei der Ausfuhr von Branntwein noch einmal 9 Mark pro 10000 Literprocent! Und das sind die regelmäßigen Verluste des Reiches, ganz abgesehen von den Kosten des Ankaufs der Spiritusfabriken und der Entschädigung der Gewerbetreibenden, die jetzt plötzlich außer Thätigkeit gesetzt werden. Neu ist das Alles freilich nicht. Die Gegner des Monopols begründen in diesen Bestimmungen des Gesetzesentwurfs lauter alte Bekannte, mit denen sie sich zum Schrecken der Monopolfreunde seit Wochen zur Genüge unterhalten haben und so laut und lebhaft, daß im Lande eine mächtige Gegenströmung gegen das Branntweinmonopol entstanden ist. Es liegt lediglich in der Hand der Nation, zu verhindern, daß dieses wirtschaftlich, finanziell und socialpolitisch verderbliche Project zur Ausführung gelangt.

Die „Boss. Stg.“ schreibt:

Der für das Infrastrukturen des Branntwein-Monopols von der Bundesratsvorlage in Aussicht genommene späte Termin (1. August 1888) hatte an der gestrigen Berliner Börse bereits ein Sinken der

Lippen spielen es wie die Neigung zu einem spöttischen Lächeln, wenn daß geschieht, so bin ich zufrieden; andernfalls, ich wiederhole es nochmals, darf ich ein Wörtchen mitzusprechen haben.

Nachdem wir in dieser Frage eine Einigung erzielen, nahm Graham nunmehr wieder schnell das Wort, offenbar in der Absicht, einer weiteren Ausdehnung des schwelbenden Gesprächs vorzubeugen, es also nur noch des entscheidenden Schrittes auf dieser oder jener Seite bedarf, möchte ich die Aufmerksamkeit auf einen anderen Umstand hinlenken, welcher in alles bisher Verhandelte tief eingreift, die daraus gewonnenen Ergebnisse wohl gar hinfällig macht. Er zog ein Papier aus der Tasche, entfaltete es nachlässig und fuhr fort: Es ist nämlich unbekleidbar, daß Fräulein Florence Blenfeld sich widerrichtig in diesem Lande befindet. Während ihrer Minderjährigkeit — und sie ist heute noch nicht mündig — stand dem ihr vorgelegten Vormund auf der anderen Seite des Oceans allein das Recht zu, über sie und ihre Zukunft zu wachen und zu verfügen. Dieses Recht begründete sich zunächst auf bestimmte Gesetzesparagraphen, außerdem auf die Verbindlichkeiten, zu welchen des jungen Mädchens Eltern sich der Frau Libertas Barnard gegenüber bekannt hatten. Der Vormund erfüllte also eine doppelte Pflicht, wenn er auf Frau Emilia Barnards von strengem Rechtsgeschäftgefühl getragene Anregung ihr dieses gerichtlich beglaubigte Document zufertigte. Der Vereinfachung wegen habe ich vorläufig nur die Hauptpunkte hervor. Da heißt es: „Florence Blenfeld ist in meinem Hause erzogen worden, wie es den hiesigen Verhältnissen und ihrem mäßigen Vermögen angezeigt war. Ich berücksichtige, daß ihre Ueberredelung nach der Heimath ihrer Mutter auf Grund zweifelhafter Familienverhältnisse nicht männlichswert erschien.“ Dann heißt es hier wieder: „Was sie nach ihrer Großjährigkeit beschließt, entzieht sich meinem unmittelbaren Eingreifen.“ Dagegen verpflichtete ich mich als ihr vereidigter und verantwortlicher Vormund, unter keinerlei Umständen zu erlauben, daß meine Schutzbesohlene, die verwaiste Florence Blenfeld, vor dem Tage ihrer Großjährigkeit, es sei denn durch Verheirathung, sich meiner Bevormundung entziehe oder von anderer Seite entzogen werde. Zugleich erkannte ich an den Empfang der Summe von fünfzehntausend Dollars, sicher auf Florence's Name eingetragen und mir von der Frau Emilia Barnard durch Herrn Graham übermittelt, um, aus Pietät für deren verstorbenen Gatten, die Zukunft der jungen Waise günstiger zu gestalten.“ Folgen Siegel und Unterschriften. Und nun, Frau Libertas Barnard, und Sie, meine Herren, erkennen Sie eine solche Verpflichtung als bindend an? Ich lese in Ihren Augen, daß Sie meine Anschauungentheilen, und fahre daher fort: Möglicherweise erscheint Herr Walkort im Hause des Vormundes — auf wessen Anregung, entzieht sich vorläufig der Erörterung —

Auf meine Anregung und in meinem Auftrage, warf Lady Liberty gleichmütig ein.

(Fortsetzung folgt.)

Wildes Blut.*)

[111]

Erzählung in zwei Abtheilungen von Baldwin Möllhausen.

Vollständig in der Ordnung, billigten die reckenhafsten Männer in ihrer rauhen, entschiednen Form, Walkort ist ein Gentleman, der's Herz auf der rechten Stelle trägt.

Lady Liberty aber fügte bedächtig hinzu:

Sehen wir die Schrift heute nicht, ist's morgen früh genug, und dauert's noch länger, ist's kein Unglück. Wer'd es selber bejorgen.

Wir legen überhaupt keinen Werth auf das geheimnisvolle Document, erklärte Graham, sobald er zu Worte kommen konnte; in meiner Eigenschaft als Rechtsbeistand der Frau Emilia Barnard darf ich sogar keinen Werth darauf legen, und ich bitte daher, von der Herbeischaffung abzusehen.

Als er geendet, meldete sich der Aelteste aus der Reihe der Söhne zum Worte.

Mit Erlaubniß, Mutter, wandte er sich flüchtig an Lady Liberty; dann zu Graham: Vergessen Sie nicht, daß Sie sich in einem Familiennrath befinden und nicht in einer Schwurgerichtssitzung. Wir leben hier als freie Herren auf dem freien Boden der Lady Liberty. Was wir für gut und gerecht erkennen, das geschieht. Wollen Sie einen Prozeß anstrengen und Sie dringen wirklich mit Ihren Kniffen durch, so schädigen Sie die Frau Emilia Barnard am meisten, und das hätte die Dame schon längst bedenken sollen. Denn einigen wir uns mit unserer Mutter dahin, daß die junge Hanit oder Florence an Stelle unseres Aeltesten zu gleichen Theilen mit uns geht, Grace aber ausgeschlossen bleibt, so möchte das jener zufallende Vermögen wohl etwas mehr betragen, als die ihr abgestrittenen lumpigen siebenzigtausend Dollars. Wir denken indessen anders. Die Grace ist ein herzliebes Kind; an ihr hängen wir alle, und deshalb wollen wir nicht, daß sie von uns ausgemerzt werde. Sie soll das Bewußtsein mit ins Leben nehmen, daß sie mit Leib und Seele zu uns gehört. Daher schlage ich vor, die ganze Angelegenheit vorläufig auf sich beruhen zu lassen, wenigstens so lange, bis unser Freund Walkort das Zeugnis aufgefunden hat oder erklärt, seine Nachforschungen als fruchtlos aufgegeben zu müssen. Dann können wir ja weiter sehen.

Junge, an Dir ist ein Senator verdorben, denn zum Advocten bist Du zu ehrlich, bemerkte Lady Liberty mit einem gewissen Stolz, hastest aber von je her viel von mir, und da soll auch Dein Wort gelten. Die Frage bleibt offen bis auf weiteres.

Und ich erkläre mich im Namen meiner verehrten Verwandten und Clientin damit einverstanden, verstehe Graham höflich, mag diese peinliche Frage schlummern. Vielleicht wird in den fernern Verhandlungen ein Ergebnis erzielt, welches ein abermaliges Beleben derselben überflüssig macht. Trete ich mich nicht, so äußerte Frau Libertas Barnard sich in früheren Tagen, daß diese Farm sammt allem, was zu ihr gehört, nach Graces Verheirathung in deren Besitz übergehen solle. Das war meine Absicht, bestätigte Lady Liberty, und vergeblich

strengte sie sich an, zu ergründen, welchen Zweck Graham mit dieser Frage verband.

So dürfen wir uns an den Wortlaut Ihres Versprechens halten, versetzte Graham ruhig, während die Spannung in Frau Emilia's Blicken sich verschärfe. Der erste Schritt zu einer Einigung ist angebahnt, indem festgestellt wird, daß Grace Wilson mit ihrer Verheirathung den Besitz der Farm ihres Großvaters antritt.

Walkort warf einen fast ängstlichen Blick auf Lady Liberty, der er jetzt nicht vorzugreifen wagte, wogegen Graham auffällig gleichmütig dreinschaute. Wenn dieser aber glaubte, der alten Stammutter gegenüber leichtes Spiel zu haben, so täuschte er sich, denn nach kurzem Sinnen meinte sie mit einem Anflug von Spott:

Mir scheint's fast, als möchten Sie mich auf meinem eigenen Grund und Boden in die Enge treiben. Gehen Sie indessen nicht zu weit, es dürfte mir sonst einfallen, Ihnen zu zeigen, wer hier Herr ist. Merken Sie sich: Wenn ich früher nur von Grace als von der künftigen Besitzerin der Farm meines Aeltesten sprach, so hat sich das geändert — da kommen wir wieder auf die alte Leier zurück — seitdem die andere Enkelin meines Aeltesten ihren Einzug bei mir hält. Was ich einmal sagte, wird indessen dadurch nicht umgestoßen: Eine Enkelin meines Sohnes erhält dieses Heimwezen am Tage ihrer Verheirathung, und da wollen wir gelten lassen: diejenige, die zuerst Hochzeit macht. Erwagen Sie aber wohl, Herr Graham, und Sie, Frau Schwiegertochter: wird mir die Angelegenheit zu bunt, so kostet es mich keine große Mühe, gewissen Leuten die Zunge zu lösen — und ein flüchtiger Blick freiste Walkort —, die dann bereitwillig und mit rechter Herzensfreude den Reverend Mac Kinney aussuchen, um sich von ihm zusammengehen zu lassen.

Bei dieser Ankündigung blickte Frau Emilia bestremt. Die alten Recken waren zu sehr gewohnt, in ihrer Mutter eine Art Familienvereinigung zu verehren, um über den Auspruch zu erstaunen, wogegen Walkort in demselben nur ein Mittel zur Einschüchterung vorausgesetzt. Graham, heimlich triumphirend, hatte sich unterdessen für einen Plan entschieden.

Gewiß ruht es in Ihrer Hand, sprach er mit höflicher Entschiedenheit, nach dieser Richtung hin über die Zukunft der jungen Hanit zu entscheiden, zumal Sie dieselbe durch Ihre Güte und Nachsicht zu unendlichem Danke verpflichtet haben. Das Recht ist sogar vollkommen auf Ihrer Seite, eben so wie Niemand Einsprache dagegen erheben darf, wenn Frau Emilia Barnard, nach eigenem Erlassen und eigener Überzeugung die Wohlfahrt ihrer Enkelin fördernd, deren Zukunft ganz in ihre Hände nimmt.

Vorausgesetzt, sie berücksichtigt Grace's Herzensneigung, wenn eine solche in's Leben treten sollte, in demselben Maße, wie ich die meiner Hanit, bemerkte Lady Liberty ernst.

Ich werde so entscheiden, erwiderte Frau Emilia gelassen, wie ich glaube, es vor Grace, vor dem Allmächtigen und vor meinem Gewissen verantworten zu können.

Gut, Frau Schwiegertochter, billigte Lady Liberty, und um Ihre

* Nachdruck verboten.

Spirituspreise um 1 Mark, für spätere Lieferungsfristen noch darüber zur Folge. Auch bei den Brennerei-Interessenten wird also angefischt der Dringlichkeit ihrer Beschwerden auf vorbehaltlose Zustimmung zu dem Entwurf in seiner jetzigen Form kaum zu rechnen sein. Ihre Preisforderung ist allerdings seitens der Regierung angenommen worden. Der Durchschnittspreis von 35 M. pro Hectoliter Robspiritus ist nicht dem sechsjährigen Durchschnittspreis (41,7 M. brutto), sondern dem Durchschnittspreis der letzten zehn Jahre (51,5 M. brutto) entnommen, wie das Organ der Interessenten es verlangte. Auf 51 M. abgerundet und ein Schwanzen nach oben und unten um 5 Mark angenommen, ergibt dieser Preis einen Minimalsatz von 46 Mark, oder nach Abzug der Steuer (16 Mark) als Aufkauftarif für die Monopolverwaltung im Minimum 30 Pf., im Durchschnitt 35 M., im Maximum 40 M., wie im Entwurf festgelegt ist. Das jetzige Preisniveau ist durch die Überproduktion der Brenner selbst herbeigeführt worden; die Erhöhung derselben auf das Niveau früherer Jahre also eine Bräme für dieselben, der nicht einmal das Äquivalent einer entsprechenden Produktionsverminderung gegenüber steht. Selbst wenn der Bundesrat nur den Monopelpreis von 30 M. gewährt, zahlt das Reich den Brennern eine baare Subvention von 36 Millionen Mark. Das ist aber erst der eine Theil der Verluste der Reichsflotte. Die Preisfestsetzung des Bundesrates hat auf dem Weltmarkt selbstverständlich keinen Einfluß, das Monopolamt verliert dennoch bei der Ausfuhr von Brantwein noch einmal 9 M. pro 1000 Literprozent! Allein die Brennerei-Interessenten verlangen mehr. Sie sind nicht gewillt, sich mit der Aussicht zu begnügen, den Monopolgewinn nach drei Jahren einzuziehen, sie fordern sofortige Abhilfe, Staatsunterstützung und zu diesem Zwecke eventuell ein „Nottheft“, das sie ohne Weiteres in den Genuss der gewünschten Vorrechte setzt. Da nach dem Bekanntwerden des Regierungsentwurfs alsbald eine Generalversammlung des Vereins deutscher Spiritusinteressenten erufen werden soll, stehen bestimmte Erklärungen von dieser Seite nun bald in Aussicht. Es würde nicht überraschen, wenn als Preis für die Zustimmung zum Monopolentwurf seitens der Producenten beispielsweise die Erhöhung der Exportprämien für Spiritus bis zum 1. August 1888 verlangt würde, wie die Gütsbesitzer Hinterpommerns es bereits in Vorschlag brachten. Auch diesen Zuschlag zum Monopol noch durch die übrigen Steuerzahler aufzubringen zu lassen, scheuen die Producenten sich nicht, obwohl der minderbegüterte Mann trockenem Mundes und belastet mit Steuern auf Brot, Fleisch, Petroleum, Holz &c. dabeistehen und in Belehrungen über die Erfolge der neuen Socialpolitik seine einzige Befriedigung suchen müßt. Ob die Bedingungen der Landwirthe aber damit schon erfüllt sind, ist keineswegs sicher. Die Klappe, die das Project der Regierung gerade an ihrem Widerhause fände, würde die bei Weitem schwierigste sein. Was bei den jetzigen niedrigen Preisen vortheilhaft scheint, kann bei besseren Conjecturen den größten Schaden bringen. Sind die Producenten aber einmal mit gebundenen Händen der Regierung überlassen, so sind die gewinnbringenden Chancen des Weltmarktes auf immer für sie verloren. — Was den Reinertrag des Monopols angeht, so soll derselbe den einzelnen Bundesstaaten, nach Maßgabe der „matricularmäßigen Bevölkerung“, mit welcher sie zum Monopolgebiet gehören, überwiegen werden. Es ist dies die viel erwähnte Claußel, welche die süddeutschen Staaten, in denen der Brantwein-Consum ein sehr geringer ist, veranlassen soll, ihre Reservate gegen baare Entschädigung zu verkaufen. Sofern dieselben darauf nicht eingehen, läßt der Entwurf dem Bundesrat den Ausweg offen, das Gesetz in einzelnen außerhalb der Zollgrenze belegenen Theilen des Reichsgebietes zeitweilig oder dauernd außer Kraft zu setzen. Unter Umständen kann diese Claußel auch dem hamburgischen Freihafen gebiete zu gute kommen.

Die „Germania“ verurtheilt den Entwurf, wie bereits telegraphisch mitgetheilt ist, unbedingt.

Deutschland.

In Berlin, 10. Jan. [Die Verkaufsvermittler von auswärts und die städtische Centralmarkthalle.] Das größte städtische Unternehmen in den letzten Jahren, der Bau der Markthallen, geht der Vollendung entgegen. Heute ist unsern Stadtverordneten der Organisationsplan der Markthallen zugegangen. Zahlreiche Verkaufsvermittler von auswärts (Hamburg, Magdeburg, Breslau, Bremen, Frankfurt a. M. u. s. w.) haben bereits Gespräche um Zulassung in der Centralhalle hierher gerichtet, und deshalb werden die einschläglichen Paragraphen bezüglich der Zulassung weitere Kreise interessiren: Als Verkaufsvermittler werden zugelassen mit guten Referenzen verschene unbescholtene Kaufleute, welche eine Cauktion von 20000 Mark bei der Kasse der Markthallen-Verwaltung zu hinterlegen haben und sich verpflichten, für die ersten vier Quadratmeter der von ihnen benutzten Fläche 200 Mark pro Jahr, für jeden weiteren Quadratmeter Raum einen nach den Festsetzungen des Curatoriums zu bestimmenden Satz und außerdem von dem rechnungsmäßig ermittelten Bruttopreis aller von ihnen gemachten Geschäfte ½ Prozent an die Stadtgemeinde zu zahlen: endlich dem Marktdirector oder dessen Vertreter jederzeit Einsicht in ihre kaufmännisch zu führenden Bücher zu gestatten. Die für die Markthallen bestimmten Sendungen werden sowohl als Stückgutsendungen als auch in ganzen Wagenladungen zum Transport an-

genommen. Die Eisenbahn-Verwaltung behält sich jedoch das Recht vor, den Stückgutverkehr ganz oder teilweise auszuschließen. Die Sendungen müssen frankirt und die betreffenden Frachtbriefe an das städtische Markthalenamt adressirt sein. Decernent in den Markthalen-Angelegenheiten ist Stadt Syndicus Ebert, dessen raschloher Thätigkeit es hauptsächlich zu danken ist, daß die Markthalen-Angelegenheit in Fluss geriet und so schnell der Vollendung entgegengeführt wurde.

[Zur Geschichte der Karolinenfrage] bringt das „D. Tgl.“ folgende Mittheilungen „aus absolut zuverlässiger Quelle“: „Die bekannte Wendung, welche die ganze Angelegenheit nahm, ist lediglich auf die Haltung der an dem Handel auf den Karolineninseln in erster Linie interessirten deutschen Kaufleute — besonders derer in Hamburg — zurückzuführen. Dieselben hatten zuerst in einer Fluth von Berichten dem Reichskanzler den Rath gegeben schnellig vorzugehen. Als aber der Conflict mit Spanien ausbrach, wichen sie ängstlich zurück und erklärten, sie könnten ebenso gut unter spanischer Herrschaft gedeihen. Auf die vom Fürsten Bismarck an sämtliche Interessenten gerichtete Frage, ob sie bereit wären, für die Karolinen die Regierung selbst zu führen, da das Deutsche Reich diese neue Verantwortung nicht auf sich nehmen könne, antworteten sie, wenn man ihnen nicht einen kaiserlichen Staat bis zum Gendarmen und Schwmann herab einrichte, könnten sie unmöglich eine Annexion der Inseln weiterhin billigen. Darauf erklärte dann Fürst Bismarck, wenn die Nachsthettheiligen so wenig Interesse für diese Angelegenheit zeigten, so werde man auch deutscherseits nicht für sie gegen Spanien, mit dem das Deutsche Reich zahlreiche Handelsbeziehungen verknüpft, antreten. Dies ist der wirkliche Verlauf der kritischen Periode der ganzen Frage. Und aus ihm erhebt, daß wenn überhaupt Jemand einen Rückzug angetreten hat, es die an der Erwerbung der Karolinen in erster Linie interessirten deutschen Kaufleute gewesen sind. Nicht mit Unrecht lagte dann der Reichskanzler bald nachher im Reichstage über eine gewisse Indolenz der deutschen Kaufleute.

Berlin, 9. Jan. [XIV. Sitzungsperiode des deutschen Landwirtschaftsrath.] Der heutigen Sitzung wohnten im Auftrage des Reichsbahnamts Geh. Regierungsrath Dr. Boccius und im Auftrage des landwirtschaftlichen Ministeriums Geh. Regierungsrath Heydebrand von der Lata bei.

Der ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildete die Reform der Zuckersteuer, über die der diesbezügliche Referent, Reichsrath Graf v. Lerchenfeld (Körting) sich etwa folgendermaßen äußerte. Die Kritik auf dem Gebiete der Zuckerrüben-Production, die ihren Hauptgrund in der Überproduktion des Rübenbaus habe, sei eine derartige, daß, wenn die Verhältnisse besser werden sollen, eine gründliche Reform erforderlich sei. Die gegenwärtige Gesetzesvorlage sei lediglich eine fiskalisch-finanzielle Maßregel, die im Uebrigen den von der Regierung gewünschten Erfolg nicht haben dürfte und den Landwirthen anstatt ihnen zu helfen, nur neue Opfer auferlegen würde, da die vorgeschlagenen Steuern in erster Reihe von den Rübenproducenten getragen werden müßten. Um eines Teils die Ueberwältigung der beabsichtigten Steuererhöhung auf die Rübenproducenten möglichst fernzuhalten und um andererseits die Preischwankungen des Zuckers für die Landwirthe in Rechnung zu ziehen, würde es sich empfehlen, die Rübenlieferungs-Verträge einer Revision zu unterziehen und dahin zu wirken, daß dieselben auf einer beweglichen Scala beruhen. Er erfuhr folgende, von der Commission beantragte Thesen zum Beschuß zu erheben:

Der Deutsche Landwirtschaftsrath wolle beschließen: 1) Im Hinblick auf die Thatache, daß die verbündeten Regierungen im Verein mit der anscheinend großen Mehrheit der an der Zuckeraufbereitung beteiligten Industriellen die Beibehaltung der Rohmaterialie (Rüben) Steuer dem Gesetzesvorlage vom 21. December vorigen Jahres zu Grunde gelegt habe, nimmt der deutsche Landwirtschaftsrath von einer erneuten Erörterung über die Vortheile und Schäden dieses Steuernodus, sowie einer Herabsetzung seiner Bedenken gegen die fernere Beibehaltung derselben Abstand.

2) Der Deutsche Landwirtschaftsrath erklärt jedoch, daß er in der Gesetzesvorlage vom 21. December v. J. welche eine Erhöhung der Steuer von 160 auf 180 Pfennige pro 100 Kilo Rüben und eine Bemessung der Steuerrückvergütung auf 18,20 M. pro Doppelcentner Zucker von mehr als 90 p. ct. Polarisation vorschlägt, nur eine finanzielle Maßregel erblickt, welche ungeeignet erscheint, die Zuckerfrage in einer den volks- und landwirtschaftlichen Interessen entsprechenden Weise dauernd zu lösen, weil a. die Erhöhung der Steuer um 21 600 000 M. (cfr. pag. 15 der Vorlage) hauptsächlich auf die zahlreichen mind. günstig sitzenden, für die landwirtschaftlichen Betriebe aber hochwichtigen Fabriken drückt würde, welche mit Schaden arbeiten müßten, da sie nicht in der Lage sind, das vom Gegebe als Durchschnitt angenommene Ausbeuteverhältnis zu erreichen, während der reinen Melasse-Entzuckerungs-Industrie die bisherige Exportprämie mehr als vollständig, den mit Melasse-Entzuckerung arbeitenden Rohzuckerfabriken aber zum überwiegenden Theil gewahrt bleibt; weil ferner o. die Annahme begründet ist, daß der volle Mehrbetrag der Steuer auf die Landwirtschaft abgewälzt werden wird; und weil c. der in der erneuten Steuererhöhung liegende Anreiz zur Gewinnung des meiste Zukers im geringsten Rübgewicht seitens der Industrie wohl verworfen werden und bald auf die fiskalischen Erträge drücken würde, während es der Land-

wirtschaft durch geringe Rübenerträge und Verminderung der Futtermittelstände zu empfindlichem Nachtheil gereichen würde.

3) Dagegen würde der Landwirtschaftsrath eine Herabminderung der Steuer auf 120 Pfennig per 100 Kilo Rüben, mit entsprechender Herabsetzung der Exportförderung 12 M. per 100 Kilo 90—93½ prozentigen Zucker, aus folgenden Gründen für eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustande und für eine wirkliche Reform der Zuckersteuer halten: 1. der Zucker würde dadurch dauernd um 3 M. pro Gr. Mohrseller werden, was voraussichtlich eine nachhaltige Consumsteigerung zur Folge haben würde; 2. das deutsche Raffineriemerkene würde dadurch beim Ankauf des Rohzuckers wesentlich entlastet und somit leistungsfähiger werden; 3. die durch Steigerung des Consums und lebhafter Nachfrage der deutschen Raffinerie zu erhöhte Vergroßerung des Absatzfeldes würde zum Nutzen der Landwirtschaft gereichen; 4. die in den Rübensteuer liegenden Ungleichheit der Steuerbelastung der einzelnen Fabriken würde um 25 Prozent verminder werden, während die Melasse-Entzuckerung in ihrem Steuergewinne um ½ verkürzt würde, was im Effect einer Belastung der Melasse mit 1 M. pro Centner gleich käme; 5. jährliche Credit- und Geldbewegungen bei der Rübensteuer, der Steuervergütung und dem inländischen Zuckerhandel würde um 25 bez. 33½ Prozent verminder; 6. das persönliche Riffico des Steuerverlegers würde um 25 Prozent geringer; 7. die Reichsflotte durch künftige Fortschritte der Fabrication drohenden Verluste würden um 33½ Prozent verminder; — die Einfüsse des Reichs also stabiler werden; 8. die Einfüsse würden sich mit jeder Consumsteigerung erheblich vermehren; 9. eine längere Dauer des Gesetzes würde voraussehen sein.

4) Der Landwirtschaftsrath erachtet eine eventuelle Verlängerung der Rübensteuerfrist von 6 auf 12 Monate nicht für geboten, sofern der öffentlichen Niederlagen oder in Privatlagern mit amtlichem Mittvertrag eingeklagte Zucker bis auf die Dauer von 2 Jahren den Charakter als Inlandszucker behält und gegen Entstattung der Steuerübergabe sei es in Baar oder durch Rückgabe des betr. Vergütungsscheins wieder in den freien Verkehr gebracht werden darf. Ob und in welchem Umfange hierbei etwa eine Verzinsung der vom Staat gewährten Rückvergütungsbeträge gerechtfertigt erscheint, überläßt der Landwirtschaftsrath der Entscheidung der gesetzlichen Organe.

Rittergutsbesitzer Knauer (Gröbers): Da die Zuckersteuer gefährlich eine Consumsteuer sein solle, so sollte man, um dem Gewerbe und der Landwirtschaft aufzuhelfen, statt jedes anderen Erhebungsmittel eine Consumsteuer einführen und der Steuer-Fiscus sollte sich um den zum Export erzeugten Zucker gar nicht kümmern, mit anderen Worten: die Rübenzucker-Steuer mit ihrem großen Erhebung-Apparatus muß fallen, der Rübenzucker-Industrie muß steuerfrei arbeiten, der Zucker muß, ehe er in den Verbrauch eintritt, mit einer dem Bedürfnisse entsprechenden Consumsteuer belegt werden. Kommt die Vorlage der Regierung zur Annahme, so bleibt die Ungerechtigkeit der Zuckerbesteuerung in verschärfstem Maße bestehen, und der Redner empfahl schließlich ebenfalls die These der Commission.

Landes-Oeconomie-Rath Dr. Robbe-Medendorffs: Er sei der Meinung, die gegenwärtige Zeit sei für eine Reform der Zuckersteuer sehr ungünstig gewählt. Einmal sei zu erwägen, daß ein Spiritusmonopol projectiert werde, das dem Reiche voraussichtlich 150—200 Millionen Mark einbringen werde, und andererseits sei doch zu erwägen, daß in den letzten Jahren der Rübenbau in einer Weise ausgebeutet worden sei, daß eine Überproduktion unausbleiblich war. Angehört dieser beiden Umstände würde es sich dringend empfehlen, dahin zu wirken, die Reform der Zuckersteuer zum mindesten noch auf ein Jahr zu verschieben. Wenn das Spiritus-Monopol zur Durchführung gelangen sollte, dann sei Aussicht vorhanden, daß die Regierung ihre fiskalisch-finanziellen Interessen bei der Zuckersteuer außer Acht lassen und eine Gesetzesvorlage machen werde, die den Landwirten zum Segen gereiche. Er erfuhr daher nochmals, für Vertragung der Angelegenheit zu wirken. (Beifall.) — Während dieser Rede erhielten der sächsische Gesandte und Bundesbevollmächtigte Graf von Hohenhain, der Vorsitzende des königlich preußischen Landes-Oeconomie-Gesellschafts, Wlk. Geh. Rath Exellenz v. Schumann und der Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Thiel vom landwirtschaftlichen Ministerium.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Thesen der Commission bezüglich der Zuckersteuer einstimmig angenommen.

Es folgte die Eisenbahn-Tarifffrage, über die Gütsbesitzer Uhlemann (Görlitz bei Oschatz) referierte. Der Redner theilte mit: Der deutsche Landwirtschaftsrath habe in seinen früheren Versammlungen beschlossen: 1) die Einführung einer zweiten ernährten Stückgutklasse liegt im dringenden Interesse der deutschen Landwirtschaft; 2) eine Ermäßigung der Frachtfäste für die Güter der Spezialtarife bezüglich der eventuell neu einzurichtenden Wagenklassen bei Versendung von 5000 Kilogramm ist gleichfalls dringend geboten. Die preußischen Staatsbahn-Berufungen haben einen dementsprechenden detaillierten Antrag in der am 11. v. Ms. stattgehabten General-Conferenz der deutschen Eisenbahnen gestellt. Dieser Antrag lautet: 1) Die Stückgutfracht für folgende Artikel ist allgemein zu ermäßigen: a. Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren der Spezialtarife I bis III (einschließlich Maschinen und Maschinentheile aller Art von Eisen und Stahl), b. Blei und Zink des Spezialtarifs I, c. andere metalle Metalle außer Eisen, Stahl, Blei und Zink, ordinäre Messing- und Metallwaren, Kupfer- und Messingbleche, Kupfer- und Messingplatten, Kupfer- und Messingdraht (vorbehaltlich der genaueren Aufzählung), d. Düngemittel des Spezialtarifs III, e. Getreide aller Art, auch Hülsenfrüchte, f. Samen und Sämereien aller Art, g. Kartoffeln, h. folgende Futtermittel: Oelfischen und Oelfischenmehl u. s. w. (des Spezialtarifs II), Kleie (des Spezialtarifs II), Träber und Trester. 2) Die Güter des Spezialtarifs III bei Aufgabe von 5000 kg für einen Wagen, bzw. Frachtzahlung für dieses Gewicht zu den Sägen des Spezial-

es einfach bei Seite legen. Wenigstens hat Mrs. Minnett in Newark, die diefer Tage starb, nach diesem Grundzus gehandelt. Sie wohnte allein in einem Häuschen außerhalb der Stadt und lebte so armelig, daß die Nachbarn ihr häufig Speisen schickten, die sie mit Beichten der größten Dankbarkeit entgegennahmen. Nach ihrem Tode fand man, daß die Schnitte ihres Bettes mit Banknoten umwickelt waren; eine 5 Pf.-Note stak, in einen Staubblappen gewickelt, in einem Loch in der Mauer. Goldstücke im Betrage von £ 1.50 waren unter den Kohlen verstckt und in einem Schrank stak ein Bündel Noten, so daß man es mit beiden Händen kaum fassen konnte. Eine Kiste voll Gold- und Silbermünzen wurde aus dem Hause geschafft, und das ganze Vermögen, daß einem Neffen zufällt, wird auf £ 11.000 geschätz, so weit jetzt ermittelt ist. Ein Testamen, das dem Stadtpolizeiinsp. Mr. 500 vermachte, war nicht rechtig unterzeichnet. — Die Wohltätigkeiten in Leamington werden sich hüten, wieder einem bedürftigen alten Mann zu helfen. Seit 16 Jahren fahrt man regelmäßig jeden Tag den alten Edward Gibson zur Eisenbahnstation gehen und dort Kohlenstückchen und Späne aufnehmen, die er in eine alte Schuhmacherwerkstatt trug, wo man ihn aus Mitleid schlafen ließ. Mitleidige Nachbarn unterstützten ihn, und nie gab er mehr als 2½ Schillinge per Woche aus. Nach seinem Tod fand man Wertpapieren im Betrage von £ 10.000, auf welche zwei in London residirende Neffen als Intestaten Anspruch erhoben haben. — Im Vergleich mit diesen geistigen Reichen ist freilich der alte John J. Saul, der vor ein paar Tagen in Camdentown Hungers starb, ein bloßer Bettler. Er verdiente seinen Lebensunterhalt, indem er gedruckte Gedichte in den Straßen von Somers Town feil hielt, wo er seit 34 Jahren bekannt war. In seiner Tasche fand sich ein Bankchein für £ 10.00, die nun der Krone zufallen, da keine Anverwandte bekannt sind.

herbei, die verlangte Abbitte zu leisten, was sie bei der sonstigen Aufführung der Poiss „Nach Amerika“ ins Werk setzte. Die Abbitte war in eine Form gefleidet, daß die angeblich oder vermeintlich Beleidigten damit vollauszufrieden sein konnten. Das war aber leider nicht der Fall. Während nämlich das Gros des Publicums der Sängerin, welche bestia weinte, applaudierte, fanden es mehrere Offiziere für ritterlich, zu zischen. Um andern Tage veröffentlichte Fräulein Anatour übrigens in einem Olmützer Blatte eine neuereliche Abbitte.

Der Meisterschulz. Auf der Bühne von Baden bei Wien hatte vor nicht allzu langer Zeit gelegentlich der Aufführung eines Spectakelstückes der Schauspieler Kanau auf das Missgeschick, daß die Pistole, mit welcher er den Intriganten niederrückschlug, hatte, den Dienst verfagte. Zum größeren Malheur erfolgte auch hinter der Szene keine Detonation, da für solche Fälle stets bereit gehaltene Reserve-Pistole des Inspectorens gleichfalls ihre Nüden hatte. Herr Kanau entschied sich rasch für Erdrosselung des Schurken und dieser sank dann auch nach kurzer Gegenwehr als „schöne Leich“ zu Boden. So weit wäre Alles gut abgegangen und das Publikum hätte von der ganzen Geschichte nichts bemerkt. In diesem Augenblick kam aber Herr Müller, der in dem Stück einen Herzog gab, auf die Szene, klopfte Herrn Kanau auf die Schulter und sagte im Tone unbedingtester Anerkennung, ganz wie es in der Rolle steht: „Freund, das war ein Meisterschulz!“

Theater- und Kunstnotizen. Die Operette „Rafaela“ von Max Wolf, der sich durch seine früheren Arbeiten „Die Porträtkarte“ und „Cesarine“ schon bekannt gemacht, kam Sonnabend im Neuen Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater in Berlin zur ersten Aufführung und hatte sich eines recht freudlichen Erfolges zu erfreuen. Libretto wie Musik enthalten zwar nichts Neues, doch haben die Verfasser des Werks das, was ihnen an Material zu Hand war, mit Geschick und gutem Geschmack verwertet. Zu der günstigen Aufnahme der Novität trug — wie die „Börs. Btg.“ schreibt — die Darstellung wesentlich bei; insbesondere gelang es Herrn Wellhoff durch prägnante Charakteristik in Masse, Haltung und Spiel für die von ihm vertretene Rolle eines spanischen Oberst lebhaftes Interesse zu erregen. — Im königlichen Schauspielhause fand die Leseprobe zum dem Richard Voß'schen Schauspiel „Treue dem Herrn“ statt. — Herr Director Frischke überredet dem „B. B.-G.“ die Summe von vorläufig hundertdrei Mark als Refulat zu einer von ihm für die Familie von Dr. Albert Lindner unter seinen Mitgliedern und einigen Freunden im „Café zur Oper“ veranstalteten Sammlung. Der Betrag ist seinem Zwecke zugeführt worden. Das Beispiel des Directors des „Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theaters“ wird hoffentlich Nachahmung finden. — Pauline Lucca befindet sich auf dem Wege der Genesung und ist bereits jetzt im Stande, das Einzelne der weiblichen Hauptrolle in Massen's Oper „Der Eid“, welche im April im Wiener Hofopernhaus zur Aufführung gelangen soll, fortzusetzen. Das Auftreten der Lucca in Berlin ist, wie die „D. N.“ erfährt, bestimmt im Laufe des nächsten Monats zu erwarten.

Englische Geizhälse. Aus London wird der „Dr. Btg.“ geschrieben: Es ist schwer zu sagen, ob England reicher ist an Geizhältern als andere Länder, und ob klimatische Besonderheiten oder die Erziehungsmethode in gewissen Leuten die auri sacra fames auf Kosten anderer Eigenschaften übermäßig entwickeln. Sicher ist jedoch, daß die Habguth und der Geiz in seiner nacktesten, abschreckendsten Form in der guten Gesellschaft wenigstens zur Seltenheit gehört; solche Eigenthümlichkeiten sind nicht gentlemanlike, und es muß schon ein Herzog oder mindestens ein Earl sein, der sich Schäßigkeit oder gar Geiz erlauben darf. So sind auch alle Geizhälse, deren Absterben in der letzten Zeit gemeldet wurde, aus den niedrigeren Ständen; am besten sitzt war vielleicht der ehemalige Bankcommis in Croydon, der vor Kurzem in vorgerücktem Alter tot in seinem Bett gefunden wurde. Er war in seinem Wohnort als Sonderling bekannt; jedes Kind kannte die seltsame Gestalt, die seit einem Menschenalter ancheinend im selben Rock zur selben Stunde um die Ecke hüppte, um Nahrungsmittel einzufauen. Der alte Herr pflegte sie eigenhändig zu zubereiten, und daß er sich nie überzäh, das konnten die Krämer ihm bezeugen. Niemand durfte seine ärmlich möblirte Wohnung betreten, er bevorzte Alles selbst, flickte Alles ißt. Da überraschte auch ihn der Tod, der keinen Schaden, und ein Schwesterkind des Verstorbenen machte die erfreuliche Entdeckung, daß ihm ein Vermögen von über 100 000 £ stak, zugefallen sei; der alte Herr hatte vor etwa 40 Jahren, zur Zeit der Eisenbahnspeditionen den Grundstein zu einem Vermögen gelegt, das jetzt Verwandten gehört, um die er sich zeit'lebens nie gekümmert. — Männer und Frauen sind gleich schlimm, nur mit dem Unterschied, daß die ersten ihr zusammengeschartes Geld gemeinlich profitabel anlegen, die letzteren

Karls II zu befürden. 3) Die Anträge der ständigen Tariffcommission abzulehnen. — Dieser Antrag sei gestellt worden auf Grund der durch wiederholte und fiktive Ermittlungen gewonnenen Überzeugung, daß die volle Durchführung des von der Tariffcommission vorgeschlagenen Tariffschemas mit sehr erheblichen finanziellen Opfern für den preußischen Eisenbahnen-Giscus verbunden sein würde. Es sei deshalb in Erwägung gezogen worden, ob es nicht empfehlenswerther sei, von einer Reform des Tariffs im Sinne der Commissions-Anträge abzusehen und nur solche Änderungen ins Auge zu fassen, für welche sich ein dringendes und unabsehbares Bedürfnis fühlbar gemacht habe. Die Angelegenheit sei nun, von Beschlüsse der Generalconferenz gemäß, einer demnächst zusammenstehenden gemeinsamen Sitzung der Tariffcommission und des Verkehrs-Ausschusses zur Beratung überwiesen. Der königl. Eisenbahn-Direction zu Elberfeld sei dabei das Referat und der General-Direction der großherzoglich badischen Staats-Eisenbahnen das Correferat übertragen worden. Die Versammlung nahm diese Mittheilungen mit Befriedigung entgegen.

Eine sehr lebhafte Debatte veranlaßte noch die Viehseuchenfrage. Von dem Landes-Dekonominerath Dr. Nobbe (Niedertopfstedt) war eine längere Resolution gestellt worden, die die Bestimmungen der Novelle vom 20. November 1885 als wesentliche Verbesserungen resp. Ergänzungen des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880 betrachtet. — Rittergutsbesitzer Reichenau (Gröbers) empfahl strenge Bestrafung in den Fällen der Verheimlichung ausgebrochener Lungenseuche. Die Verheimlichung geschehe so häufig und sei derart schadenbringend, daß hohe Gefängnis- und Geldstrafen sich in solchen Fällen empfehlen. Auch sei in diesen Orten die obligatorische Impfung einzuführen. — Professor Dr. Mai (München) wies ziffermäßig nach, daß in Bayern die Lungenseuche in den letzten Jahren derart abgenommen habe, daß mit Bestimmtheit anzunehmen sei, nicht Bayern, sondern Norddeutschland sei der Herd der Lungenseuche. In Bayern seien die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen sehr streng und werden mit voller Energie zur Durchführung gebracht. Die norddeutschen Viehhändler lassen sich bei der Übertragung der Lungenseuche viel zu Schulden kommen. — Frhr. von Rothkirch-Schwarzenfels machte gegen die proponirten scharfen Stabsbestimmungen Bedenken geltend. Die Landwirthe könnten dadurch doch oftmals ohne jeden Grund arg geschädigt werden. — Der vorigerückten Zeit wegen wurde schließlich die Debatte hierüber abgebrochen und die Sitzung auf Montag, den 11. d. Vormittags 10 Uhr, vertagt.

* München, 9. Januar. [Das Gesamt-Ministerium] richtete, wie der „Fts. Ztg.“ gemeldet wird, dieser Tage an den König eine Vorstellung über die Verhältnisse der Hof- und Cabinetskasse von dem Gesichtspunkte der königlichen und der Interessen des Landes aus.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 11. Januar.

Angekommene Fremde:

Hôtel Galisch, Lauerthaus.	Heinemann's Hôtel zur goldenen Gans.	Schmidt, Kfm., Leipzig.
Baron v. Bleichröder, Geh. Gommerzient, n. Sam. u. D. Berlin.	Saracini, Sequester, n. Gem.	Gord, Kfm., Grefeld.
D. Cleve, Ritterstr. u. Rtgtsb. Kron in Mecklenburg.	Kraschen.	Fordemann, Kfm., Berlin.
Schneider, Rtgtsb., Bülowitz, Krobeck, Rtgtsb., Groß Neumersdorf.	Gohn, Kfm., Hirschberg.	Obersky, Kfm., Jauer.
van der Zypen, Fabrikbes. Deut. Südh. Fabrikbes., Deut. Bangelb. Kfm., Frankfurt/M.	Lester, Kfm., Hamburg.	Abel, Kfm., Magdeburg.
z. Zimmermann, Student Riga.	Schumann, Kfm., Leipzig.	Sternau, Kfm., Aachen.
Sott. Bart., Braunschweig.	Erhard, Kfm., Coburg.	Nichter, Haupm., n. Gem.
Dr. Gundl, Director, Wbau i. Sachsen.	Meyer, Kfm., Aachen.	Achen.
Hornitz, Kfm., Berlin.	Klinge, Kfm., Grefeld.	Erl. Hawe, Schausp., n. Beg.
Frau Reichsanwalt Dicker, Berlin.	Hömöig, Kfm., Burg bei Magdeburg.	v. Kessel, Rtgtsbes., n. Sam.
Rüthling, Ingeln, Radeberg.	Glauche.	Graue.
Voigt, Wogenbauer, Dresden.	Kreund, Kfm., Ratibor.	Frhr. v. Saurma-Zeltch.
Siemert, Kfm., Lüttich.	Bium, Kfm., Wien.	Majorathser, Sterzendorf.
Meyer, Kfm., Wien.	Preble, Kfm., Wien.	Kloegner's Hôtel,
Denker, Kfm., Berlin.	Atel z. weissen Adler, Döblerstrasse 10/11.	Königstr. 4.
Robert, Kfm., Neumünster.	Sabonnier, Kfm., n. Sam.	Stapelfeld, Lt. und Rtg., Kammendorf.
	v. Treskow, Ritterstr. u. Rtgtsb.	Berthold, Rtgbs., n. Gem.
	n. Gem., Biedrusko.	Peterwitz.
	Frau Dr. Schmieding n. L.	Schmidt, Director, n. Gem.
	Eggert, Haupm., n. Gem.	Peterwitz.
	Moschner, Kfm., Chemnitz.	Schweizer, Kfm., Petersburg.
	Scholz, Kfm., Del.	Oppeler, Kfm., Chemnitz.
		Geidel, Kfm., Apolda.
		Arndt, Kfm., Frankenbergs.
		Mannheim, Kfm., Berlin.
		Döring, Kfm., Berlin.

4. Breslau, 11. Januar. [Von der Börse.] Nach festem Anfang schwächte sich die Tendenz auf mattare Berliner Notirungen ab. An der Nachbörse trat wieder eine kleine Erholung ein. Während in Speculationspapieren die Umsätze sehr gering waren, entwickelte sich in deutschen Fonds lebhafter Verkehr.

Per ultimo Januar (Course von 11 bis 1½ Uhr): Ungar. Goldrente 81,10—80,90 bez., 1884er Russen 97,25—97,10 bez., Oesterr. Credit-Aktion 491—489,50—490 bez., Vereinigte Königs- u. Laurahütte 87,60 bis 87,40 bez., Gronauer 62,50 bez. u. Gd.

Auswärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolff's Telegr. Bureau.)

Berlin, 11. Jan., 11 Uhr 50 Min. Credit-Actien 491, —. Disconto-Commandit —, —. Fest.

Berlin, 11. Jan., 12 Uhr 30 Min. Credit-Actien 489, 50. Staats-ahn 426, 50. Lombarden 216, —. Laurahütte 87, 50. 1880er Russen 2, 50. Russ. Noten 200, 70. 4proc. Ungar. Goldrente 80, 90. 1884er ussen 97, 20. Orient-Anleihe II. 61, 20. Mainzer 98, 40. Disconto-commandit 200, 20. Schwach.

Wien, 11. Januar, 10 Uhr 10 Min. Credit-Actien 296, —. Ungar. credit-Actien —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Galizier —, —. Oesterr. Papierrente —, —. Marknoten 62, 25. Oesterr. Goldrente —, —. 4% ungar. Goldrente 101, 02. Ungar. Papierrente —, —. Bthalbahn —, —. Still.

Wien, 11. Januar, 11 Uhr 10 Min. Credit-Actien 296, 50. Ungar. credit —, —. Staatsbahn 266, 50. Lombarden 133, —. Galizier 218, 75. Oesterr. Papierrente 83, 85. Marknoten 62, 22. Oesterr. Goldrente —, —. 4% ungarische Goldrente 101, 07. Ungar. Papierrente —, —. Bthalbahn 158, 50. Fest.

Frankfurt a. M., 11. Januar, Mittags. Credit-Actien 237, 25. Staatsbahn 218, 12. Galizier 175, 37. Still.

Paris, 11. Januar, 30% Rente 81, 20. Neueste Anleihe 1872 110, 25. Italiener 96, 25. Staatsbahn 528, 75. Lombarden —, —. Fest.

London, 11. Januar, Consols 99%, 1873er Russen 95%. Wetter: legen.

Wien, 11. Januar. [Schluss-Course] Gedrückt.	Cours vom 11. 9.
330er Loose..	Ungar. Goldrente ..
364er Loose..	4% Ungar. Goldrente 100 92
redit-Actien 296 20	100 92
Angar. do..	83 87
t-Eis.-A.-Cort. 265 40	83 85
omb. Eisab. 132 75	84 05
alizier. 218 25	84 05
Iapoleonsö'er 10 05/2	127 —
arknoten 62 20	126 90
	10 04/2
	133 25
	111 90
	92 55
	92 62
	158 25
	159 50
	Wiener Unionbank
	Wiener Bankverein

Siedler, Kfm., Aachen.	Kochman, Kfm., Bunzlau.	Güttler, Kreisherrat, n. T.
Ollendorff, Kfm., Magdeburg.	Wohm, Kfm., Königshütte.	Nitsch.
Jacobson, Kfm., Berlin.	Zanić, Juvelier, Berlin.	Friedländer, Mühlensieb, Con-
Weiser, Fabrikant, Greiz.	Gienap, Ingen., Bittenberge.	stadt.
Sonenstein, Kfm., Berlin.	Liedemann, Kfm., Berlin.	Bleyw.
Sachs, Kfm., Berlin.	Kawitsch.	Wittenberg, n. Gemahlin,
		Wittenberg, n. Gemahlin,
		Kawitsch.
		Hect, Kfm., Aachen.
		Kronberger, Kfm., Budapest.
		Hôtel du Nord, vis-à-vis d. Centralbahnhof.
		Ehöning, Kfm., Posen.
		v. Jarczewski, Hirschberg.
		v. Neustet, Posen.
		Erfurt, Kfm., Wartburg.
		Buchholz, Maurermeister.
		Bunzlau.
		Hôtel de deutschen Hause, Abrechn. Nr. 22.
		Laugwitz, Lt. u. Rtgbs., n. Gem.
		Gaudmann, Kfm., Bingen.
		Göbel, Kfm., Brüssel.
		Dr. Bräde, Cudowa.
		Baldenbuerg.
		Köhler, Kfm., Leipzig.
		Samow, Kfm., Alziza.
		Müller, Kfm., n. Gem.
		Abrechn. Nr. 22.
		Laugwitz, Lt. u. Rtgbs., n. Gem.
		Guhau.
		Berger, Kfm., Berlin.
		Hiller, Landw., Gublau.
		Wroclaw, Partie, Jauer.
		Frau Lt. Heider, Ganth.
		Kern, Kfm., Jauer.
		Frau Kämmerer Bernhardt,
		n. T., Reichenbach.
		Gebel, Kfm., Reichenbach.
		Grätz, Wachtmester, Sagan.

rath von Karlsruhe gratulierte Namen des Kreises. Der Gemeinde-Kirchenrat und die Gemeinde-Vertretung von Bernstadt gratulierten durch Beigeordneten Mantel und überreichten als Festgabe der ganzen Kirchgemeinde einen großen prächtigen Silberkasten, hergestellt von der bekannten Firma Frey u. Söhne-Breslau. Magistrat und Stadtverordnete statthaben durch Bürgermeister Dr. Kronisch, die Militärbehörde durch Premier-Beutenant von Glasenapp und das königliche Amtsgericht durch Amtsrichter Rauthe ihre Glückwünsche ab. Die städtischen evangelischen Lehrer gratulierten durch Rector Wendler und überreichten als Festgeschenk einen schönen Regulator, der Gemeinde-Kirchenrat von Buchwald, dessen Kirche eine Filiale der hiesigen ist, übermittelte durch den Gutsbesitzer Stolper als Geschenk der Gemeinde Buchwald eine wertvolle silberne, innen vergoldete Schale. Endlich nahm dem Jubilar eine ihm vollständig unbekannte Deputation der Gemeinde Groß-Graben, Kreis Oels, moselfst. der Jubelkreis vom Jahre 1836 bis 1854 als Pastor thätig war und wo die Erinnerung an ihn noch heute fortlebt. Eine weitere Deputation, bestehend aus dem Organisten und Lehrer Schröder und 3 Gemeinde-Kirchenratsmitgliedern, letztere sämtlich ehemalige Confrarden des Jubilars, überbrachte eine prächtige Widmungstafel der Gemeinde. Hatte bis dahin der Jubilar seine Festigkeit bewahrt und jedem der Gratulanten in fassungsvoller Weise seinen Dank abgestattet, bei der Beglückswünschung durch die Deputation aus Groß-Graben übernahm den würdigen Greis die Freude und Rührung. Er war fast keines Wortes mehr mächtig, um seinen Dank abzustatten, und konnte dies erst später im Laufe des Tages thun. An die häusliche schloß sich eine kirchliche Feier, die Einsegnung durch den Superintendenten und die Überreichung des ihm allerhöchst verliehenen Roten Adler-Ordens 4. Klasse. Nach dem Vortrag eines Jubelfestgesanges durch den Kirchenchor „O Herr! ich habe vertraut“, hielt der Jubilar mit allgemein verständlicher, kräftiger Stimme die Predigt, in der er seinen ganzen Lebenslauf schilderte. An ein danach in der Wohnung des Jubilars eingetnommes Frühstück schloß sich Nachmittag 3 Uhr im Hotel „zum blauen Hirsch“ ein Diner, an dem etwa 100 Personen teilnahmen. Den ersten Toast brachte der Jubilar dem Kaiser, den zweiten Superintendent Strauß dem Kronprinzen, den folgenden Regierungsrath Beyer-Deiss dem Jubilar u. s. w. Es wurde auch eine Collecte für die städtischen Armen gesammelt. Während des Dinners wurde ein von Herrn Rector Wendler gedichtetes Festlied gesungen.

Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Petersburg, 11. Jan. Die Akademie der Wissenschaften wählte zu correspodirenden Mitgliedern: Johann Repsold (Hamburg), Eduard von Martens (Berlin), Karl Gegenbaur (Heidelberg), Wilhelm His (Leipzig), Theodor Nöldeke (Straßburg), W. Balstone (London), David Gill (Director des Observatoriums am Cap der guten Hoffnung) und Sophus Müller (Kopenhagen).

Kairo, 11. Jan. Ein Telegramm des „Bureau Reuter“ meldet: Gestern fand die erste Besprechung über die einzuführenden Reformen zwischen dem Khedive, Drummond Wolff und Muhtar Paşa statt. Der Khedive präsidierte. Zunächst wurde die englisch-türkische Convention verlesen, über deren Hauptbestimmungen discutirt wurde. Der Khedive erklärte, bei der hohen Bedeutung der Frage werde er selber die Berathungen leiten, anstatt einen Delegirten damit zu beauftragen. Muhtar meint, die Herbeiführung der friedlichen Verhältnisse im Sudan sei nur möglich, indem man in der einen Hand Krieg, in der anderen Frieden bringe, dazu sei nur die ägyptische, durchweg muslimische Armee verwendbar. Diese Bemerkungen veranlaßten eine allgemeine Discussion über die Armee-reform, eventuell über die notwendigen militärischen Ausgaben. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen. Die nächste Berathung findet den 13. Januar statt.

Handels-Zeitung.

Breslau, 11. Januar.

* Zahlungseinstellung in Warschau. Der „Pos. Ztg.“ wird aus

Cours- Blatt.

Breslau, 11. Januar 1886.

Worms, 11. Januar. [Amtliche Schluss-Course] Ruhig.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Cours vom 11. 9.

Ainaz-Ludwigshaf. 99 — 99 20

Baliz. Carl-Ludw.-B. 88 10 88 20

Botthard-Bahn ... 112 70 112 70

Warschau-Wien ... 223 70 223 10

Lübeck-Büchen ... 160 70 161 50

Oberschle. 41/2% Lite. —

Breslau-Freib. 102 20 102 10

Warschau geschrieben: Die Krise auf dem Zuckermarkte hat wieder ein Opfer gefordert, indem eine seit Jahren bestehende Firma, deren Chef sich allgemeiner Beliebtheit und Achtung erfreut, die Zahlungen einstellen musste. Die Passiven dürften die Summe von 350000 R. erreichen. Beteiligt ist u. a. die in Liquidation befindliche Bank von Polen, die für ca. 100000 Rubel Wechsel discontirt hat, während die anderen Bankfirmen mit verhältnissmässig geringen Summen partizipieren, da die Verlegenheiten der Firma seit einem Jahre bekannt waren.

Ausweise.

Wien, 11. Januar. [Wochen-Ausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 7. Januar.]*)						
Notenumlauf.....	366 500 000	Fl. Zun.	2 853 000	Fl.		
Metallschatz in Silber.....	130 100 000	z	Zun.	445 000		
do. in Gold.....	69 100 000	z	Zun.	2 000		
In Gold zahlbare Wechsel.....	10 200 000	z	Zun.	1 000		
Portefeuille.....	132 000 000	z	Abn.	4 447 000		
Lombarden.....	26 500 000	z	Abn.	709 000		
Hypothen-Darlehne.....	89 400 000	z	Abn.	10 000		
Piandrie in Umlauf.....	81 300 000	z	Zun.	107 000		
*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 31. December.						

Zahlungsstockungen und Concuse.

* Concours-Eröffnungen. Kaufmann Ernst Rohner zu Neustadt O.S.; Concurs Verwalter: Kaufmann Hermann Rudolph, in Firma „J. C. Rudolph“; Termin: 5. Februar.

Submissionen.

A-z Eisenarbeiten. Bei dem hiesigen Eisenbahn-Betriebsamt Breslau-Tarnowitz stand die Lieferung und Aufstellung der Eisen-constructionen für die Brücken der Neubaustrecke Hundsfeld-Trebnitz zur Submission. Das Gesammtgewicht ist auf rund 73000 Kigr. Schmiedeeisen und 2300 Kigr. Gusseisen veranschlagt. Es offerirten zum Gesamtpreise: Ruffer & Co., hier, von 21 143,70 M., M. G. Schott, hier, von 19 933,30 M., Gebr. Hoffmann & Co., hier, von 20 561,20 M., Stanislaus Leutner & Co., hier, von 19 933,30 M., E. della Sauce & Close, Berlin, von 21 447,70 M., H. Kötz, Nicolai, von 21 678,20 M., Christoph, Niesky, von 19 181,10 Mark, Rhein & Co., Zawodzie, von 20 034 Mark, Starke & Hofmann, Hirschberg, von 17 597,60 M., Saxonia, Actien-Gesellschaft, Radeberg, von 19 308,60 M., Dr. Fitzner, Laurahütte, von 21 437,70 M., H. Prollius, Görlitz, von 23 107,38 M., Beuchelt & Co., Grünberg, von 20 022,72 M.

Marktberichte.

Berlin, 11. Januar. [Butter. Wochenbericht von Gebrüder Lehmann & Co., NW., Luisenstr. 36.] In voriger Woche kam erheblich mehr Ware heran, als für den Consu nötig war, so dass grössere Vorräthe und niedrigere Course entstanden. Wir notiren, Alles per 50 Kilogr.:

Für feine und feinstre Mecklenburger, Holsteiner, Vorpommersche und Ost- und Westpreussische 100—108, Mittelsorten 95—100, Sahnensbutter von Domänen, Meiereien und Molkereigenossenschaften 100—103, feine 103—108, vereinzelt 110—113, abweichende 80—90 M. Landbutter: Pommersche 80—83, Hofbutter 85—88, Netzbücher 83—85, Ost- und Westpreussische 78—82, Schlesische 78—82, feine 83—85, Elbinger 78—80, Tilsiter 80—82, Bairische 70—73, Gebigsbutter 75—80, Ostfriesische 95—100, Thüringer 90—92, Hessische 90—92 Mark. Ungarische, Galizische, Mährische 65—70—72 M.

H. Mainau, 10. Januar. [Getreide- und Produktionsmarkt.] Zufuhr und Angebot waren am letzten Wochenmarkt nicht stärker als vor acht Tagen, obwohl alle Getreidegattungen in den gangbarsten Qualitäten angeboten wurden, und bei nicht regerer Kaufbetheiligung erwies sich das Angebot als ein ausreichendes, da es an Nachfragen ausserhalb gänzlich fehlt. Unter den zu Markte geführten Artikeln waren Roggen und Hafer die am meisten vertretenen, so dass ersterer nur zu herabgehenden Preisen Abnehmer fand. Im Ganzen waren Preise ohne wesentliche Änderung gegen letzte Notirungen. Das Schock Eier war 20—20 Pf. teurer, das Kilogramm Butter dagegen 40 bis 60 Pf. billiger. Kartoffeln, Heu und Stroh wurden, wie die übrigen Marktartikel, zu vorwöchentlichen Preisen gekauft. Nach den amtlichen Preisauflösungen wurde gezahlt pro 100 Kilogramm Gelbwizen 14,70—15,10—15,50 M., Roggen 12,70—13,10—13,40 M., Gerste 11,80—12,20—12,50 M., Hafer 12,40—12,70—13,00 M., Erbsen 17,00 M., Kartoffeln 2,60—2,80 M., 1 Kilogramm Butter 1,50 M., 1 Schock Eier 3,40 Mark, 1 Ctr. Heu 2,60 M., 1 Schock Roggenlangstroh 16,50 bis 17,50 M. Die erste Hälfte der verflossenen Woche war regnerisch und ohne Frost, Mittags sogar 5—6° R., hierauf Frost und 4—6° Kälte. Seit heute fru ununterbrochen starker Schneefall, der auch während der Nacht anhalten dürfte, bei —3 Grad.

Telegraphische Witterungsberichte vom 10. Januar.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.

Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. m. 0 Gr. d. Moers oder van rede.	Temper. in Celsius. Grad.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen
Mullaghmore.	761	8	W 4	Regen.	
Aberdeen.....	760	—5	SW 2	bedeckt.	
Christiansund.....	758	1	SW 2	bedeckt.	
Kopenhagen.....	760	—2	NNO 3	bedeckt.	
Stockholm.....	759	—6	NNW 2	bedeckt.	
Haparanda.....	765	—26	NO 2	bedeckt.	
Petersburg.....	762	—9	O 3	Schnee.	
Moskau.....	766	—10	SO 1	Schnee.	
Cork, Queenst.	763	8	NW 4	wolkig.	
Brest.....	—	—	—	—	
Helder.....	762	—	NNO 1	wolkig.	
Sylt.....	761	—2	NO 3	bedeckt.	
Hamburg.....	760	—5	N 2	heiter.	
Swinemünde.....	758	—4	NW 1	bedeckt.	
Memel.....	757	—2	N 2	bedeckt.	
Paris.....	759	—3	N 3	Schnee.	
Münster.....	758	—4	SW 3	bedeckt.	
Karlsruhe.....	758	—1	N 2	bedeckt.	
Wiesbaden.....	755	—6	NW 3	Schnee.	
München.....	757	—4	NNW 2	bedeckt.	
Berlin.....	758	—5	NW 2	halbed.	
Wien.....	750	—4	W 5	Schnee.	
Breslau.....	754	—6	N 2	Schnee.	
isla d'Aix.....	—	—	—	—	
Nizza.....	—	—	—	—	
Triest.....	—	—	—	—	

Übersicht der Witterung.

Das Minimum, welches gestern morgen über der Helgoländer Bucht lag, ist südwärts nach Oesterreich-Ungarn fortgeschritten, im westlichen und südlichen Deutschland Schneefälle verursachend. Ein Minimum ist nordwestlich von Schottland erschienen, welches seinen Wirkungskreis über fast ganz Grossbritannien ausgebreitet hat. Bei schwacher Lustbewegung aus variabler Richtung ist das Wetter über Central-Europa vorwiegend trübe und meist etwas kälter. In Deutschland herrscht überall Frostwetter. Wilhelmshafen und Breslau meldeten gestern Abend starke magnetische Störung; in Wilhelmshafen und Vestervig wurde Nordlicht beobachtet.

Gemälde-Salon Bruno Richter, Breslau, Schlossohle.

PAULLINDAU 's grosser Roman-Cyklus „Berlin“ beginnt soeben in Spemann's illustr. Zeitschrift „Vom Fels zum Meer“ mit der ersten Abth. unter d. Titel: Der Zug nach dem Westen

Eine Mark jedes reich illust. Heft durch jede Buchhdlg. u. jed. Postamt.



Warnung! Ehrlose Fabrikanten versuchen in neuer Zeit, ihre wenig Werth habenden Stärkepräparate als Glanz-Stärke einzuführen und durch Nachahmung der Packung, sowie durch theilweise, sogar gänzlichen Abdruck der Gebrauchsanweisung meiner Amerikanischen Brillant-Glanz-Stärke das Publikum zu täuschen, weshalb ich mich veranlaßt sehe, die geehrten Hausfrauen hiermit ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß jedes Packet meines Fabrikats obige Schutzmarke auf der Vorderseite trägt, denn ich möchte nicht gern, daß der Ruf meines durchaus reellen, allgemein als vorzüglich anerkannten Fabrikats geschmälert wird. Von den Vorzügen, welche meine Glanz-Stärke anderen Fabrikaten gegenüber besitzt, wolle man sich gefälligst durch einen Versuch überzeugen. Das Packet kostet 20 Pf. und ist in fast allen Städten bei den meisten Droguen-, Seifen- und Colonialwaren-Händlungen vorrätig. [799]

Fritz Schulz jun., Leipzig.

Courszettel der Breslauer Börse vom 11. Januar 1886.

Amtliches Coursze (Course von 11—12^{1/4} Uhr)

Wechsel-Course vom 11. Januar.	heut. Cours.	voriger Cours.
Amsterdam 100 Fl. 3 kS. 169,30 B	104,75 B	104,75 B
do. do. 3 2 M. 168,40 G	—	—
London 1 L. Strl. 2 ^{1/2} kS. 20,385 B	—	—
do. do. 3 M. 20,265 G	—	—
Paris 100 Fres. 3 kS. 80,80 bzB	—	—
do. do. 3 2 M. —	—	—
Petersburg ... 6 kS. —	—	—
Warschau 100 S.R. 6 kS. 200,10 B	—	—
Wien 100 Fl. 4 kS. 160,10 G	—	—
do. do. 4 2 M. 159,50 G	—	—

Inländische Fonds.

heut. Cours.	voriger Cours.
D. Reichs-Anl. 4 104,50 G	104,50 G
Pruss. cons. Anl. 4 104,45 bzG	104,50 bz
do. do. 1855 2 ^{1/2} 99,00 B	99,00 B
do. Staats-Anl. 4 —	—
Bt.-Schuldabsch. 3 ^{1/2} 100,10 B	100,10 B
Krass.Prim.-Anl. 3 ^{1/2} —	—
Bresl. Stdt.-Anl. 4 102,20 G	102,20 bz
Öchl. Pfldr. altl. 3 ^{1/2} 99,20 bzB 3000	99,00 G
do. Lit. A. 3 ^{1/2} 98,00 bz	98,00 bzB
do. Rusticalen 3 ^{1/2} 97,95 bz	97,90 G
do. altl. 4 100,75bzB 80 bz	100,65 bz
do. Lit. A. 4 100,70bzB 101 bz	100,75 B
do. (Rustical) I. 4 —	—
do. do. II. 4 101,00 G	101,00 B
do. do. 4 ^{1/2} 100,70 G	100,70 G
do. Lit. C. L. 4 —	—
do. do. II. 4 100,70bzB 101 bz	100,65 bz
do. do. 4 ^{1/2} 100,65 G	100,75 B
do. Lit. B. 4 —	—
Posener Pfldr. 4 101,10bzB 101 bz	101,15 B
do. do. 3 ^{1/2} 97,75 bzG	98,00 bz
Rentenbr. Schl. 4 101,85 bz	101,80 bzG 1500
do. Landesk. 4 —	—
do. Posener 4 ^{1/2} 101,70 G	—
Bchl. Pr.-Hilfsk. 4 102,00 bzB	101,70 bz
do. do. 4 ^{1/2} 101,75 G	101,75 G

Inländische u. ausländische Hypotheken-Pfandbriefe.

Schl.Bod.-Cred.	rz. à 100 4 100,25bzB 100,20 bzG	100,20 bzG

<tbl_r cells="3"